

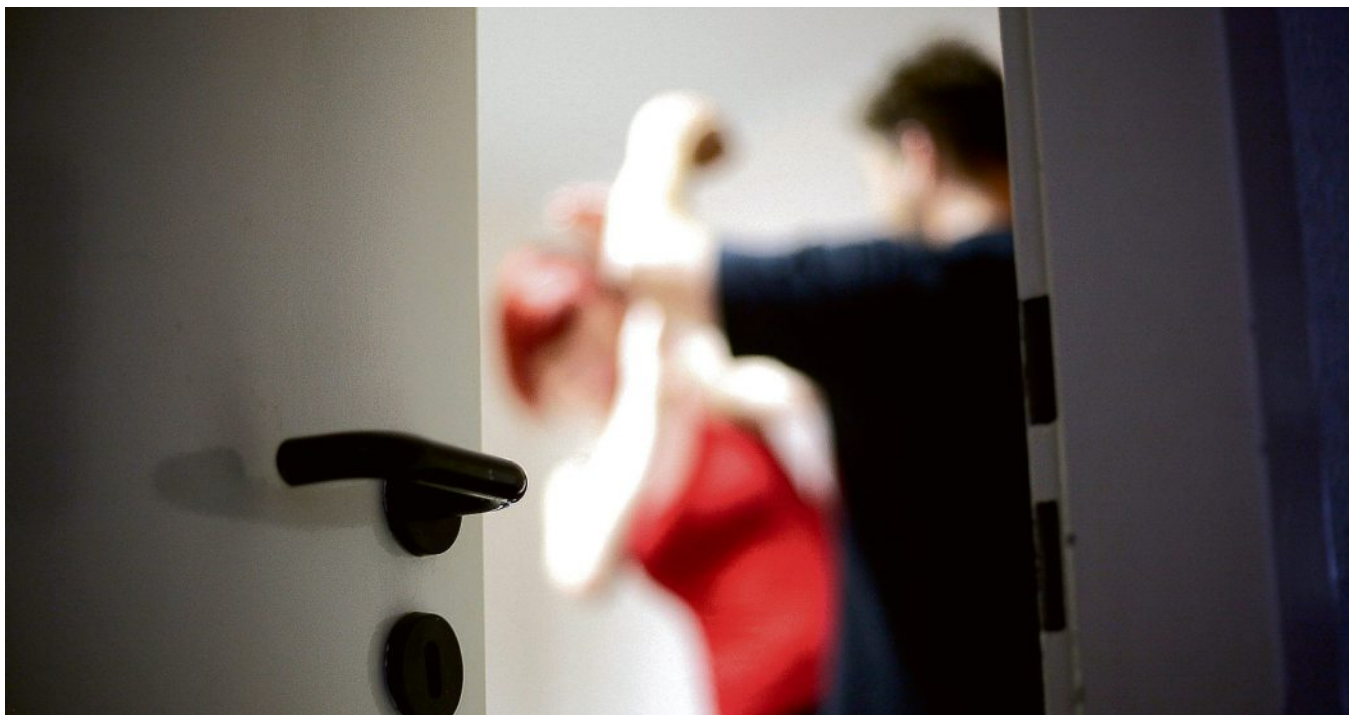
Frauenberatungen im Kreis Recklinghausen rufen um Hilfe

Kreis Recklinghausen. Den Frauenberatungen im Kreis Recklinghausen geht die Luft aus: Trotz steigender Nachfrage von Opfern haben sie immer weniger Geld zur Verfügung. Kürzungen drohen.

Für Frauen in Notsituationen sind sie immer zur Stelle, die Frauenberatungsstellen im Kreis Recklinghausen. Doch dass Opfer von häuslicher und sexualisierter Gewalt künftig vor verschlossenen Türen stehen, ist nicht ausgeschlossen. Die vier Beratungsstellen sind selbst in Existenznot, die Mitarbeiterinnen schlagen Alarm. Denn trotz steigender Kosten bekommen sie keine höheren Zuschüsse von Land, Kreis und Kommunen. Sie müssen die Lücken selbst mit Spenden stopfen.

Beim jährlichen Austauschtreffen der vier Frauenberatungsstellen im Kreis Recklinghausen stand das Thema „Finanzen“ daher ganz oben auf der Tagesordnung. „Herr Wüst, wie wichtig ist Ihnen der Gewaltschutz von Frauen und Mädchen wirklich?“, so lautet die Frage auf einer der Postkarten, mit denen die Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstellen auf ihre prekäre finanzielle Situation aufmerksam machen. Die Kampagne unter dem Hashtag #Fempörung wurde vom Dachverband der autonomen Frauenberatungsstellen in NRW initiiert und richtet sich u.a. an den Ministerpräsidenten des Landes, Hendrik Wüst.

Die finanzielle Notlage betrifft alle vier Frauenberatungen im Kreis Recklinghausen. „Von uns wird erwartet, dass wir Lösungen für gesamtgesellschaftliche Probleme finden. Das ist bei den aktuellen Kostensteigerungen durch Tarifierhöhungen und Inflation nicht mehr möglich“, berichtet Susanne Dillner von der Frauenberatung Gladbeck. Sollte sich in 2025 nichts ändern, drohen Personalkürzungen – und das bei steigenden Beratungsanfragen und Zahlen häuslicher



Die Fälle häuslicher Gewalt im Kreis Recklinghausen nehmen zu. Dennoch droht den Frauenberatungsstellen, dass sie ihr Angebot aus finanziellen Gründen einschränken müssen.

FOTO THOMAS NOWACZYK (A)



Die Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstellen im Kreis protestieren (v.l.): Julia Rosenkranz, Anna Weber, Susanne Dillner, Nadine Freundlieb, Saskia Meyer, Eva Sennekamp, Katharina Hans, Annabelle Johannböcke und Karin Hester.

FOTO KGFM

Gewalt. Im Kreis Recklinghausen sowie Bottrop wurden im Jahr 2023 laut Polizeilicher Kriminalstatistik 2010 Frauen Opfer von häuslicher Gewalt und somit 2,2 Prozent mehr als im Vorjahr (2022 waren 1967 Frauen betroffen). Die Frauenberatungsstellen erhalten zwar

Landesmittel sowie Zuschüsse von den Städten und teilweise auch vom Kreis Recklinghausen, diese reichen jedoch nicht aus, um die Kosten zu decken. Darum sind sie auf Spendengelder angewiesen, die sie selbst akquirieren müssen. Zu der belastenden Arbeit mit den ge-

waltbetroffenen Frauen kommen die eigenen Sorgen. „Ständig ist unsere Existenz gefährdet. Dieser ewige Kampf ums Geld kostet Kraft“, hat Manuela Sabozin-Oberem, Leiterin der Frauenberatung in Recklinghausen, schon vor Jahren erklärt. So hatten sie und Ihre Kolleginnen vor einigen Jahren sogar auf das Weihnachtsgeld verzichtet, um ihren Verein vor der Pleite zu bewahren.

„Es fehlt die Anerkennung – die sich eben auch in einem gesicherten Arbeitsverhältnis widerspiegelt“, stellt Anna Weber von der Koordinierungsstelle Gewaltschutz für Frauen und Mädchen (KGFM) fest, die bei der Frauenberatung Recklinghausen und Marl angesiedelt ist. Zusammen mit ihrer Kollegin Katharina Hans ist sie für die Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kreis Recklinghausen zuständig. Das internationale Abkommen zur

Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt ist seit 2018 geltendes Recht in Deutschland und fordert eine angemessene Finanzierung von Hilfsangeboten. „Gewalt gegen Frauen ist kein privates, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. Es braucht Unterstützung und die Übernahme von Verantwortung auch auf kommunaler Ebene, um es zu bewältigen“, betont Karin Hester, die Leitung von Hilfen für Frauen des Diakonischen Werks im Kirchenkreis Recklinghausen. Gemeinsam fordern die Frauenberatungsstellen den Landrat sowie die Politiker des Kreises Recklinghausen auf, sich für eine dauerhaft gesicherte Finanzierung ihrer Arbeit einzusetzen. „Steigende Gewalt, sinkende Finanzierung: Wir sind die Existenznöte leid!“, heißt es auf einer weiteren Protestpostkarte.